



Sebastian Hartmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030-227 – 74828
Fax: 030-227 – 2374828
sebastian.hartmann@bundestag.de

Wahlkreis

Frankfurter Str. 47
53840 Troisdorf

Tel.: 02241 – 9993310
Fax: 02241 – 9993314
sebastian.hartmann.wk@bundestag.de

Berlin, 24.08.2021

Gut vorbereitet auf die nächste Krise.
10 Vorschläge für einen modernen, föderalen
Bevölkerungsschutz.

-Ein Papier von Sebastian Hartmann, Berichterstatter für Bevölkerungsschutz der
SPD-Bundestagsfraktion-

Der Bevölkerungsschutz: Nicht mehr auf der Höhe der Zeit	2
I) Multikanal Warnungen ermöglichen. Bevölkerung besser vorbereiten und sensibilisieren.	2
II) Das föderale Bevölkerungsschutzsystem stärken.....	3
III) Staatliche Vorsorge optimieren.	6
IV) Verunsicherung vorbeugen.	7
V) Ehrenamt attraktiver machen.	8

Der Bevölkerungsschutz: Nicht mehr auf der Höhe der Zeit

Die Corona-Pandemie und nun die Hochwasserkatastrophe stellen unser Bevölkerungsschutzsystem vor gewaltige Herausforderungen.

Schon zu Beginn der Pandemie haben sich Reformbedarfe offenbart – von der Stärkung des Bundes bei der Krisenkoordination, dem Aufbau von nationaler Übungskultur und verpflichtenden Meldekettens über den Aufbau von Depotstrukturen und die ausreichende Finanzierung des Bevölkerungsschutzes bis zum Kampf gegen Desinformation und die Stärkung des Ehrenamts.

Das Hochwasser, eine Jahrhundertflut, hat diese Reformbedarfe noch einmal verstärkt offengelegt und weitere drängende Aufgaben in den Fokus gerückt, etwa der Aufbau einer Multikanal-Warninfrastruktur.

Unser Bevölkerungsschutzsystem ist nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Bei der Prävention, der Vorsorge und der Bewältigung von Krisenlagen zeigt sich deutlicher Verbesserungsbedarf.

Daraus müssen wir in einem gemeinsamen Kraftakt die notwendigen Konsequenzen ziehen: Um länderübergreifende Krisen besser bewältigen zu können, muss der föderale Staat gestärkt, müssen Kompetenzen neu geordnet werden.

Es ist Zeit für ein Update des Bevölkerungsschutzes.

1) Multikanal Warnungen ermöglichen. Bevölkerung besser vorbereiten und sensibilisieren.

1. Teile der Bevölkerung waren nicht oder zu spät vor dem Hochwasser gewarnt. Daraus müssen wir unsere Lehren ziehen. Wir brauchen einen Mix verschiedener Warninstrumente.

Sirenen müssen wir konsequent wieder aufbauen. Die Länder müssen das Förderprogramm des Bundes (88 Millionen Euro) nutzen. Dieses Programm muss weiter ausgebaut werden. Wichtig: Die Sirenen müssen so laut sein, dass die Bevölkerung sie auch vernehmen kann. Bei der Hochwasserkatastrophe waren Sirenen zum Teil nicht zu hören, weil die Flutwellen schlicht lauter waren. Und: Wir sollten auf Sirenen setzen, die mit einer Notbatterie ausgestattet sind. Eine Flut kann schnell das Stromnetz kappen. Notstrom sichert die Sirenen-Warnung.

Für Menschen mit körperlichen Einschränkungen – zum Beispiel Blinde oder gehörlose – sollten wir gemeinsam mit den Fachverbänden Lösungen diskutieren. Die Einführung audio-visueller Sirenen sollten wir prüfen.

Das sogenannte Cell Broadcasting – eine Warnung per Textnachricht, für die es ein Handy, aber kein Smartphone braucht – kommt jetzt endlich. Wir sollten es EU-weit zu einem „EU Alert“-System ausbauen. Jahrelang hatten die CDU/CSU-Ministerien für Innen und Wirtschaft die Einführung in Deutschland verschleppt.

Wie wichtig das Instrument ist, zeigen die Niederlande: Dort gibt es das sogenannte „NL Alert“. Bei der Überschwemmung der Maas hatte es mit dabei geholfen, viele Menschenleben zu retten. Auch Länder wie Japan oder Israel sind viel weiter als Deutschland und haben ein eigenes Cell-Broadcast-System.

Die NINA-App ist eine gute und sinnvolle Ergänzung anderer Warninstrumente. Es war aber ein Fehler, sich einseitig auf die NINA-App zu verlassen. 8,8 Millionen Nutzer*innen haben die App auf ihrem Smartphone. Für eine verlässliche, flächendeckende Warnung ist das zu wenig.

Um die NINA-App attraktiver zu machen, muss sie verständlicher werden. Technik-Journalist*innen sollten die Warnungen auf Verständlichkeit prüfen. Diese Erkenntnisse sollte das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) nutzen, um die Verbraucherfreundlichkeit zu erhöhen. Es gilt: Nur wer die Warnungen versteht, kann die richtigen Konsequenzen ziehen und sich schützen.

Genauso wichtig: Resilienz. Wir müssen stärker aufklären über mögliche Katastrophen und über sinnvolle Schutzmaßnahmen. Was ein Sirenenalarm bedeutet oder welche Bevorratung sinnvoll ist – dieses Wissen kann Leben retten. Selbstschutz, Vorsorgestrategien und die Erste-Hilfe gehören als Pflicht-Teil in die Curricula der Schulen.

II) Das föderale Bevölkerungsschutzsystem stärken.

2. Bund-Länder-Führungstab aufbauen.

Länderübergreifende Katastrophen werden künftig zunehmen – dazu zählt eine Pandemie genauso wie ein Hochwasser, aber auch Cyberattacken und Desinformationskampagnen.

Um die Länder zu entlasten und den Bevölkerungsschutz zu stärken, sollte der Bund eine stärkere Rolle einnehmen und übergreifende Krisen koordinieren. Denn: Länderübergreifende Krisen bedürfen einer länderübergreifenden Koordination.

Die starre Trennung zwischen Zivil- und Katastrophenschutz ist überholt. Es sollte ersetzt werden durch „Bevölkerungsschutzsystem“.

Die federführende Krisenkoordination sollte ein gemeinsamer Führungsstab von Bund und Ländern unter Leitung des Bundesinnenministers und des/der Vorsitzenden der Innenministerkonferenz übernehmen – die Koordinierung der Landes- bzw. Bundeseinrichtungen bliebe in der Hand von Land bzw. Bund, das föderale Grundprinzip bliebe weiter gewahrt.

Dies gewährleistet eine handlungsfähige, zügige und zentrale Krisenkoordination unter Beteiligung der Landesebene.

3. 360-Grad-Lagebild erstellen, Informationspflicht einführen.

Damit ein Krisenstab und Einsatzkräfte in einer Krise die richtigen Entscheidungen treffen, bedarf es eines bei länderübergreifenden Katastrophen bundesweiten, übergreifenden Lagebildes.

Mit einem bundesweiten „360-Grad-Lagebild“ (das in der Corona-Krise bis heute fehlt, wie die ungenauen Angaben zu Impfquoten zeigen) lässt sich bewerten, wie sich eine Katastrophenlage entwickelt, wo und wie viele Einsatzkräfte und Material benötigt werden. Expertise von Wissenschaftler*innen wie Meteorologen oder Geografen sollten wir einbeziehen.

Die Länder sollten wir verpflichten, Informationen zu melden: über die Lage vor Ort, aber auch über die verfügbaren Einsatzkräfte und verfügbare Hilfsgüter wie Schutzmaterial, Helikopter, Fahrzeuge und anderes, auch von den Hilfsorganisationen. Dies sollten wir verknüpfen mit einem Informationstool, in das alle relevanten Informationen eingespeist werden können und an das die Bundesländer angeschlossen sein sollten.

4. BBK stärken, Verwaltungsunterbau schaffen.

Die koordinierende Rolle des Bundes – darunter auch die zentrale Beschaffung wichtiger Medizin,- Hygiene- und Versorgungsgüter – sollte beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gebündelt werden. Dort sind die nötigen Kompetenzen angesiedelt. Ad-hoc-Strukturen müssen ersetzt werden durch klare Entscheidungs- und Verantwortlichkeitsstrukturen. Die Runden der Kanzlerin mit den Ministerpräsident*innen sind nicht im Grundgesetz vorgesehen, außerdem sind die Entscheidungen oft parteipolitisch aufgeladen. Eigene Wege der Länder sorgten zudem für einen Flickenteppich unterschiedlicher Maßnahmen.

Da ein Bund-Länder-Krisenstab auf exekutive Kompetenzen und Fachwissen angewiesen ist, bedeutet das: Dem BBK müssen die nötigen finanziellen Mittel und der nötige Verwaltungsunterbau, also ausreichend Personal, zur Verfügung gestellt

werden. Auch hier gilt: Ein starker Staat schafft die nötigen Voraussetzungen zur Erfüllung seiner Aufgaben.

Ein Beispiel ist die Bundeszuständigkeit im Bereich Cybersicherheit. Ohne entsprechende finanzielle Mittel und die notwendigen Verwaltungseinheiten wäre das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik ein „zahnloser Tiger“.

Um eine bessere Verzahnung mit den Kommunen im Bevölkerungsschutz zu gewährleisten, sollten alle Bundesländer „Landeskatastrophenschutzämter“, die bei den Innenministerien angesiedelt sind, einführen. Die Hochwasserkatastrophe hat schmerzhaft gezeigt, dass die Kommunikation vom Bund über die Länder in die Kreise und Kommunen nicht gut funktioniert hat. Wir benötigen klare Meldekettens und ein einheitliches Verständnis zur Einordnung der Informationen.

Für die neuen Verpflichtungen des Bundes müssen wir die gesetzliche Grundlage schaffen und unsere Verfassung ändern. Ohne klare Rechte des Bundes, keine Verbesserung im Bevölkerungsschutz. Der Bevölkerungsschutz sollte daher in der sogenannten „konkurrierenden Gesetzgebung“ verankert werden.

Der bereits angelaufene Aufbau eines Gemeinsamen Kompetenzzentrums ist gut gemeint. Allerdings wird ein verstärkter Informationsaustausch zwischen BBK, Ländern und Hilfsorganisationen ohne verbindliche Kompetenzen in Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Krisen und Katastrophen den Herausforderungen nicht gerecht.

5. Bund-Länder-Vertrag vereinbaren, Finanzierung sichern.

In einem Bund-Länder-Vertrag sollten gemeinsame Finanzierungsverpflichtungen von Bund und Ländern fixiert werden. Es gilt: Ein starker Staat zeichnet sich dadurch aus, dass er für wichtige Aufgaben die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellt.

Ein Grundproblem unseres Bevölkerungsschutzes ist die über Jahre stiefmütterliche Finanzierung durch die Länder.

Der Bund ist seiner Verpflichtung nachgekommen. In dieser Legislaturperiode wurden die Mittel für das BBK und das THW mehr als verdoppelt:

- BBK: Die Mittel beliefen sich im Jahr 2017 auf 101 Mio. Euro. Im Haushaltsentwurf 2022 sind 258 Mio. Euro vorgesehen. Darin enthalten ist u.a. ein Fahrzeugprogramm zur Beschaffung von beispielsweise Löschfahrzeugen zur Übergabe an die Länder bzw. örtlichen Feuerwehren (4 x 25 Mio. Euro).
- THW: Für das THW ergibt sich eine ähnliche Steigerung (236 Mio. Euro auf 499 Mio. Euro). Darin enthalten sind u.a. die Einrichtung von vier THW-

Logistikzentren (42 Mio. Euro), ein Beschaffungsprogramm für Notstromaggregate (33,5 Mio. Euro) und zwei Bau- und Sanierungsprogramme für THW-Liegenschaften (27 und 38 Mio. Euro).

- Für den Katastrophenschutz insgesamt ergibt sich eine Mittelerhöhung von 338 Mio. Euro auf 758 Mio. Euro.

III) Staatliche Vorsorge optimieren.

6. Risiko-Analyse verbessern, Künstliche Intelligenz nutzen.

Technischer Hochwasserschutz und Risiko-Analyse müssen sich ergänzen. Eine einseitige Konzentration auf das eine oder andere wäre falsch. Vorhandene Katastrophenschutzpläne müssen die Bundesländer regelmäßig überprüfen und anpassen.

Wir benötigen eine bessere Risiko-Analyse und ein breiteres Spektrum an Krisenszenarien, die sich auch überlagern können. Das Hochwasser war nicht nur eine Flutkatastrophe, das Wasser hat auch Stromnetze lahmgelegt und die Wasser- und Abwasserversorgung gekappt. Beispielsweise im gesamten Stadtgebiet Eschweiler war durch einen Bruch der Hauptwasserleitung die Wasserversorgung zusammengebrochen.

Bei der Risiko-Analyse sollten wir auch neueste Forschungserkenntnisse zu Künstlicher Intelligenz nutzen. KI kann lernen, wie sich bestimmte Gewässer bei einer bestimmten Wassermasse verhalten. Damit könnten wir auch örtliche Ausmaße eines Unwetters sehr viel genauer bestimmen.

Wir sollten Gefahrenkarten auch auf lokaler Ebene – wie in der Schweiz – einführen und regelmäßig auf Aktualität prüfen. Viele Gebiete, die nun vom Hochwasser schwer getroffen wurden, galten in den vorhandenen Gefahrenkarten als „sicher“. Sinnvoll ist auch eine Kartierung von Einrichtungen hilfsbedürftiger Menschen.

Um Wetterkatastrophen besser vorzubeugen, müssen wir zudem beim Klimaschutz schneller werden – und den Naturschutz stärken. Dazu zählen u.a. Renaturierungen von Gewässern. Wir müssen Flussauen mehr Raum geben, damit sich das Wasser bei einer Flut dort ausbreiten kann.

Außerdem gilt es zu prüfen, welche baulichen Maßnahmen notwendig sind, z.B. alternative Hangabflüsse an Steilhängen, Schutzmauern, Rückhaltebecken und Stollen. Hier sind die Länder und Kommunen in der Pflicht.

7. Übungen ausweiten, Depotstrukturen ausbauen.

Katastrophenszenarien müssen geübt werden – nur dann können im Ernstfall alle Räder ineinandergreifen. Deshalb gilt: Wir brauchen eine nationale Übungskultur – mehr, regelmäßiger und verpflichtende Übungen auf allen Ebenen, länderübergreifend.

Im Katastrophenfall sind wir auf eine gute Ausrüstung angewiesen. Das haben die Corona-Pandemie und das Hochwasser deutlich gemacht. Wir müssen Depotstrukturen ausbauen, um schnell auf Schutz- und Versorgungsmaterial zugreifen zu können – z.B. Masken, Wasser oder Treibstoff. Im Notfall müssen wir in der Lage sein, fünf bis acht Millionen Menschen versorgen zu können. Die Beschaffung sollte zentral über das BBK erfolgen. Die nötigen Haushaltsmittel müssen zur Verfügung gestellt werden.

8. Kommunikations-Verbindungen optimieren.

In den vom Hochwasser betroffenen Regionen war zum Teil das Telefon- und Mobilfunknetz zusammengebrochen. Hinzu kam der Ausfall von Teilen des digitalen Behördenfunks. Basisleitungen, Stromleitungen und wichtige Verbindungsleitungen wurden durch die Fluten zerstört. Im Katastrophenfall müssen Einsatzkräfte aber miteinander kommunizieren können.

Wir sollten künftig Verbindungsleitungen besser schützen und dafür möglichst auf eigene Trassen setzen, nicht Leitungen privater Telekommunikationsanbieter mieten. Basisstationen sollten – für den Fall eines Stromausfalls – möglichst über eigene Notstromaggregate verfügen.

Ohne Strom funktionieren auch Mobilfunkmasten und Internet nicht. Deshalb benötigen wir verstärkt Mobilfunk-Notfallstationen, um die Verbindungen möglichst aufrechtzuerhalten.

IV) Verunsicherung vorbeugen.

9. In der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe wurden gezielt Falschmeldungen gestreut. Diese Falschnachrichten verunsichern Menschen und können sie zu falschen Entscheidungen bewegen. Das ist lebensgefährlich.

Im Kreis Ahrweiler beispielsweise wurden die Falschnachrichten verbreitet, die Zahl der Einsatzkräfte würde verringert oder es seien 600 Kinderleichen gefunden worden.

Wir sollten beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe Kriseninterventionsteams aufbauen, die aufklären und gegen Falschnachrichten vorgehen.

Das Problem wird künftig noch größer werden: Künftig werden voraussichtlich sogenannte computergenerierte „Deep Fake“-Videos eine immer größere Rolle spielen. Desinformation ist eine große Gefahr für das Vertrauen in Wahlen und die Demokratie insgesamt und gefährdet gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Außerdem sollten wir unsere Krisenkommunikation insgesamt verbessern: Widersprüchliche Äußerungen aus Bund und Ländern haben in der Corona-Pandemie vielfach für Verunsicherung gesorgt und Vertrauen gekostet. Wir sollten klar, verständlich und einheitlich kommunizieren.

V) Ehrenamt attraktiver machen.

10. In Deutschland engagieren sich rund 1,8 Millionen Menschen ehrenamtlich für den Katastrophenschutz, alleine das Technische Hilfswerk zählt 80 000 Helferinnen und Helfer in 668 Ortsverbänden.

Der Einsatz tausender ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer unter anderem von Technischem Hilfswerk, Deutschem Roten Kreuz, Maltesern, Johannitern, Arbeiter-Samariter-Bund, der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft und der Feuerwehren hat Menschenleben gerettet und ein noch schlimmeres Ausmaß verhindert. Allen Ehrenamtlichen gebührt großer Dank! Ihr täglicher selbstloser Einsatz ist ein Zeichen der Solidarität und Mitmenschlichkeit.

Allerdings haben die Hilfsorganisationen, wie andere Organisationen auch, zum Teil mit Nachwuchsproblemen zu kämpfen. Deshalb gilt es, das Ehrenamt weiter zu stärken. Dazu zählen flexible, auch digitale Fortbildungsangebote, zum Beispiel zum „Krisen- und Präventionshelfer“, aber auch ein Recht auf Freistellung oder Steuererleichterungen.